

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 21. Oktober 2010

Der neue Job wartet im Netz

Kein Internetsegment boomt so stark wie Online-Netzwerke. Die US-Plattform LinkedIn zum Beispiel verzeichnete im Sommer 2010 jede Sekunde ein neues Mitglied. Weltweit zählte die amerikanische Web-Community im August 2010 bereits mehr als 75 Millionen Nutzer. Im deutschsprachigen Raum heißt der Marktführer allerdings noch immer XING. Das Netzwerk hat über 4 Millionen deutschsprachige User, weltweit etwa 10 Millionen. Im ersten Halbjahr 2010 erwirtschaftete XING knapp 26 Millionen Euro Umsatz – ein Fünftel mehr als im Vorjahres-

zeitraum. Neben dem reinen Unterhaltungswert spielen viele dieser Plattformen eine immer größere Rolle bei der Suche nach dem passenden Arbeitgeber oder Mitarbeiter. An Jobangeboten mangelt es im Web jedenfalls nicht: Laut Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien schreiben 95 Prozent aller Unternehmen ihre freien Stellen mittlerweile online aus, 12 Prozent direkt in Social-Media-Netzwerken – mit Erfolg: Über die Online-Plattformen konnte jedes Unternehmen im Jahr 2009 durchschnittlich zwei Bewerber einstellen.

In dieser Woche

Sozialversicherung: Im kommenden Jahr lassen höhere Beitragssätze zur Sozialversicherung die Belastung der Beschäftigten und der Unternehmen steigen. Die Beitragssatzsumme klettert auf über 40 Prozent. Mehr Netto vom Brutto bleibt deshalb ein leeres Versprechen. Seite 2

Bildungsausgaben: Verglichen mit dem OECD-Durchschnitt investiert Deutschland relativ wenig in die Bildung. Vor allem in den Grundschulen und in der Sekundarstufe I gibt es Nachholbedarf. Dagegen fallen durch das duale Bildungssystem die Ausgaben in der Sekundarstufe II höher aus. Seite 3

Befristet Beschäftigte: Angeblich ist die Zahl der befristeten Arbeitsverträge in Deutschland dramatisch gestiegen. Doch dieser Befund stimmt nicht – lediglich die Statistik wurde umgestellt. Außerdem benötigen viele der befristet Beschäftigten keinen besonderen Schutz vom Staat. Seite 4-5

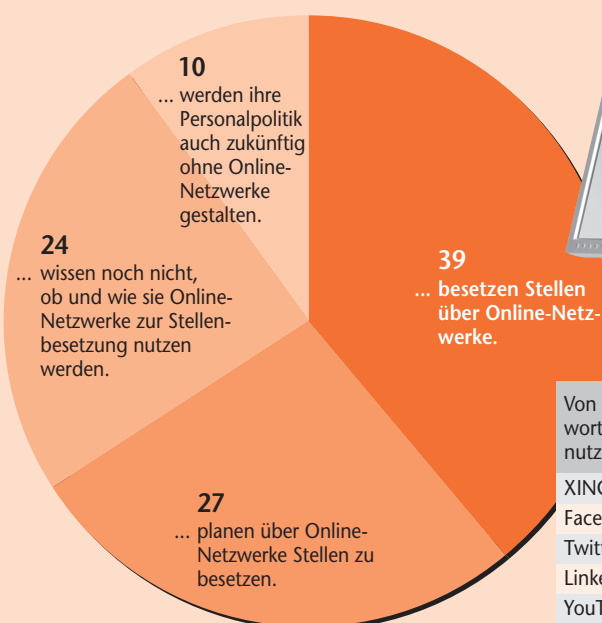
Exporte und Investitionen: Schneller als erwartet sind die Investitionen in Deutschland nach der Krise wieder angestiegen. Entscheidend dazu beigetragen hat die Erholung des Außenhandels, die bereits 2009 eingesetzt hat. Seite 6

Recycling: Die Produktion von sogenannten Sekundärrohstoffen ist ein lukratives Geschäft. Doch das Wiederverwerten von Materialien wird nicht nur des Geldes wegen immer bedeutender. Seite 7

Ausländische Abschlüsse: Vielen Migranten, die in ihrer Heimat oder im Ausland Bildungs- und Berufsabschlüsse erworben haben, nützen diese in Deutschland wenig. Würden die Anerkennungsverfahren hierzulande verbessert, könnte der Fachkräftemangel bekämpft werden. Seite 8

Personalchefs suchen auch online

So viel Prozent der Personalverantwortlichen ...




Von den 214 Personalverantwortlichen, die Online-Netzwerke nutzen, verwenden so viele

XING	205
Facebook	118
Twitter	80
LinkedIn	72
YouTube	33
studiVZ/meinVZ	31
Andere	33

Mehrfachnennungen möglich

© 2010 IW Medien · iwd 42

Befragung von 548 Personalverantwortlichen in deutschen Unternehmen im Winter 2009/2010
 Quelle: Jacobsmühlen et al. (2010)

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Sozialversicherung

Beitragslast steigt

Von wegen mehr Netto vom Brutto: Zwar sinken im kommenden Jahr die Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der Pflegeversicherung. Doch unter dem Strich sorgen höhere Beitragssätze bei den Beschäftigten und bei den Unternehmen für Mehrbelastungen.

Jeden Herbst steht die Festlegung der Beitragsbemessungsgrenzen für die gesetzliche Sozialversicherung an. Diese Grenzen legen fest, bis zu welcher Höhe die Erwerbseinkommen im kommenden Jahr beitragspflichtig sein werden. Maßgeblich ist die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter im vorangegangenen Jahr. Aktuell nehmen sich die Statistiker also die Erwerbseinkommen aus 2009 vor und kommen zu folgenden Ergebnissen.

In der gesetzlichen **Kranken- und Pflegeversicherung** gilt eine bundeseinheitliche Obergrenze, bis zu der Entgelte und Renten beitragspflichtig sind. Deshalb wird die Entwicklung des durch-

schnittlichen Bruttoentgelts für das gesamte Bundesgebiet herangezogen.

Im vergangenen Jahr bekamen Arbeitnehmer 0,24 Prozent weniger Gehalt als 2008. Die Beitragsbemessungsgrenze 2011 sinkt deshalb von 3.750 auf 3.712,50 Euro pro Monat.

Auch die Versicherungspflichtgrenze reduziert sich um 450 Euro auf 49.500 Euro pro Jahr (Kasten).

In der **Renten- und Arbeitslosenversicherung** gelten dagegen für Ost und West unterschiedliche Bemessungsgrenzen. Zudem haben sich die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter 2009 in beiden Gebieten verschieden entwickelt: In den alten Bundesländern gab es 0,39 Prozent weniger Gehalt – aufgrund der gesetzlichen Rechen- und Rundungsregeln bleibt die Bemessungsgrenze für Renten- und Arbeitslosenversicherung allerdings unverändert. Zwischen Stralsund und Zwickau legten die Durchschnittsentgelte 2009 dagegen um 0,84 Prozent zu. Die Folge:

Die Grenzen kennen

Wer sich in einer privaten Krankenversicherung versichern will, muss von der Versicherungspflicht befreit werden. Das ist möglich, wenn das sozialversicherungspflichtige Entgelt in den vergangenen drei Jahren über der Versicherungspflichtgrenze lag und dies voraussichtlich auch im laufenden Jahr der Fall sein wird. Ab 2011 reicht es, wenn die Hürde im vergangenen und im laufenden Jahr gerissen wird. Sie liegt aktuell bei 49.950 Euro pro Jahr und sinkt im nächsten auf 49.500 Euro.

Im Osten Deutschlands werden 2011 Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf Monatseinkommen von bis zu 4.800 Euro fällig. Bislang blieben Einkommensbestandteile jenseits von 4.650 Euro beitragsfrei.

Die Beitragsbemessungsgrenzen interessieren im Normalfall – wenn also die Grenze steigt – nur jene, deren Bruttoentgelte über dem bislang gültigen Wert liegen – denn sie müssen mehr bezahlen. Veränderungen der Beitragssätze der Sozialversicherungen betreffen dagegen alle gesetzlich Versicherten. Für 2011 gibt es hier voraussichtlich zwei Veränderungen:

Krankenversicherung. Noch in diesem Herbst will die schwarz-gelbe Koalition ihre Finanzreform durch den Bundestag bringen. Demnach steigt der von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam zu zahlende Beitragssatz zum 1. Januar von 14,0 auf 14,6 Prozent. Der zusätzliche Sonderbeitrag der Arbeitnehmer in Höhe von weiteren 0,9 Prozent bleibt unverändert bestehen.

Arbeitslosenversicherung. Bislang konnte der Beitragssatz bei 2,8 Prozent gehalten werden, weil die Nürnberger Bundesagentur für Arbeit kräftig von den Steuerzahlern unterstützt wurde. Nach derzeitigem Stand soll er zum Jahreswechsel auf 3,0 Prozent steigen. Unterm Strich klettert die Beitragssatzsumme für Arbeitnehmer und Arbeitgeber damit jeweils um 0,4 Prozentpunkte auf insgesamt 40,35 Prozent und reißt damit die magische 40-Prozent-Marke (Tabelle).

Sozialversicherungsbeiträge 2011: Weniger Netto vom Brutto

	Beitragsbemessungsgrenze × Beitragssatz beitragspflichtiges Monats- einkommen in Euro		in Prozent		= Höchstbeitrag je Monat in Euro	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011
Westdeutschland						
Rentenversicherung	5.500	5.500	19,9	19,9	1.094,50	1.094,50
Arbeitslosenversicherung	5.500	5.500	2,8	3,0	154,00	165,00
Ostdeutschland						
Rentenversicherung	4.650	4.800	19,9	19,9	925,35	955,20
Arbeitslosenversicherung	4.650	4.800	2,8	3,0	130,20	144,00
Bundesweit						
Krankenversicherung	3.750	3.712,50	14,0	14,6	525,00	542,03
Arbeitnehmersonderbeitrag	3.750	3.712,50	0,9	0,9	33,75	33,41
Pflegeversicherung	3.750	3.712,50	1,95	1,95	73,13	72,39
Sozialabgaben insgesamt einschließlich Sonderbeitrag der Arbeitnehmer zur Krankenversicherung						
Westdeutschland			39,55	40,35	1.880,38	1.907,33
Ostdeutschland					1.687,43	1.747,03

Angaben vorläufig; Höchstbeitrag = Arbeitnehmer- plus Arbeitgeberbeitrag; Sozialabgaben insgesamt: ohne Beitrag der Arbeitgeber zur gesetzlichen Unfallversicherung, ohne Sonderbeitrag der kinderlosen Arbeitnehmer zur gesetzlichen Pflegeversicherung in Höhe von 0,25 Prozent; Beitragssatz zur gesetzlichen Arbeitslosen- und Krankenversicherung 2011:

Planungsstand Oktober 2010

Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesregierung

Bildungsausgaben: Hilft viel viel?

Deutschland investierte im Jahr 2007 nur 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Bildung. Verglichen mit dem OECD-Durchschnitt von 5,7 Prozent wirkt das recht mager. Mehr Geld für die Bildung scheint angebracht. Doch hilft viel wirklich viel?

Für die Betreuung eines Kindergartenkinds gab Deutschland 2007 rund 670 Dollar mehr aus als der Durchschnitt der Industrieländer. In den Grundschulen lagen die Ausgaben je Schüler allerdings gut 1.000 Dollar unter dem OECD-Schnitt – weil sich Lehrer um mehr Schüler kümmern müssen als anderswo.

Auch von Klasse 5 bis 10 werden die Schulen finanziell nicht üppig bedacht – je Schüler gab Deutschland im Jahr 2007 ein Zehntel weniger aus als der Durchschnitt der Industrieländer. Bei der Sekundarstufe II lagen die Ausgaben dagegen um 9 Prozent über dem OECD-Schnitt, vor allem, weil Unternehmen viel in das duale Bildungssystem und damit in ihren Fachkräftenachwuchs investieren.

Wer aus diesen Zahlen etwas über die Qualität des Bildungssystems ablesen will, muss sie allerdings genau hinterfragen. Denn: Andere Länder rechnen den Wert von Gebäuden, die Ausgaben für die Fortbildung der Lehrer oder die Posten für die Pensionen in die Budgets ein – Deutschland tut das nur teilweise. Zudem haben viele Länder einen Ganztagschulbetrieb mit Schulspeisung – das ist teuer. Vor allem deshalb geben etwa Norwegen, Dänemark und Frankreich laut Statistik mehr für den Schulbetrieb aus.

Bei den Hochschulen liegt das deutsche Budget rund 900 Dollar über dem OECD-Schnitt. Ohne den Anteil, der auf die Forschung entfällt, sieht das jedoch wieder anders aus. Und die Gürtel werden wohl noch enger geschnallt werden müssen, wenn künftig nur fünf statt wie bislang sieben Bundesländer Studiengebühren erheben. In der Schweiz zahlt man zwar auch kräftig fürs Studium – dort wurden die Budgets zwischen 2000 und 2006 aber auch um mehr als ein Drittel aufgestockt.



Bildung & Ausbildung

Grundschulen: Deutschland knausert

Ausgaben je Platz bzw. Schüler in Dollar im Jahr 2007

	Kindergarten/Kita	Grundschule
USA	9.394	10.229
Norwegen	5.886	9.922
Island	8.884	9.629
Schweiz	4.506	9.211
Dänemark	5.594	9.176
Österreich	6.409	8.664
Schweden	5.666	8.338
Vereinigtes Königreich	7.598	8.222
Italien	7.191	7.383
Belgien	5.247	7.363
Japan	4.518	7.247
Irland	6.569	6.901
Niederlande	6.130	6.552
Deutschland	6.119	5.548

Ausgaben: kaufkraftbereinigt; Italien, Schweiz: nur öffentliche Einrichtungen; Irland Kindergarten: 2006; Quelle: OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 42

Schule und Ausbildung: Berufsbildung mit mehr Geld bedacht

Ausgaben je Schüler bzw. Auszubildenden in Dollar im Jahr 2007

	Sekundarstufe I	Sekundarstufe II
Schweiz	10.574	17.362
Norwegen	10.603	13.132
USA	10.862	11.788
Frankreich	8.339	11.082
Österreich	10.249	11.068
Dänemark	8.998	10.342
Deutschland	6.851	9.557
Italien	8.222	7.864
Finnland	9.730	6.806

Luxemburg, Schweiz, Italien: nur öffentliche Einrichtungen; Sekundarstufe I: allgemeinbildende Schulen bis Klasse 10; Sekundarstufe II: allgemeinbildende Schulen ab Klasse 11 und berufliche Schulen, Berufsvorbereitung und Berufsausbildung; Quelle: OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 42

Hochschulausgaben: Knappes Lehr-Budget

In Dollar je Studienplatz im Jahr 2007

	Tertiärbereich insgesamt	davon: Pro-Kopf-Ausgaben für die Hochschullehre
USA	27.010	21.199
Schweiz	20.883	10.977
Schweden	18.361	9.402
Norwegen	17.140	9.982
Dänemark	16.466	k.A.
Niederlande	15.969	10.421
Vereinigtes Königreich	15.463	7.757
Österreich	15.039	10.439
Australien	14.726	8.604
Japan	14.201	k.A.
Deutschland	13.828	7.852
Finnland	13.566	8.178
Belgien	13.482	8.439
Frankreich	12.773	8.252

Italien, Portugal, Schweiz: nur öffentliche Einrichtungen
Quelle: OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 42

Befristet Beschäftigte In der Mitte der Gesellschaft

Weil die Zahl befristeter Arbeitsverträge angeblich dramatisch gestiegen ist, möchten Politiker der SPD und der Linken sie künftig nur noch dann erlauben, wenn es spezielle Gründe für eine Befristung gibt – etwa ein auf wenige Jahre angelegtes Forschungsprojekt. Dumm nur, dass der Befund gar nicht stimmt: Der Anteil der befristet Beschäftigten nimmt allenfalls geringfügig zu. Auch gehören die typischen Inhaber solcher Jobs nicht gerade zu den Arbeitnehmern, die man besonders schützen müsste – viele haben sogar einen Hochschulabschluss.

Das Thema Befristung von Arbeitsverträgen kocht schon seit Monaten hoch. Mit Blick auf die einschlägige Statistik wird behauptet, die befristeten Verträge würden Zug um Zug das Normalarbeitsverhältnis verdrängen. Wer sich allerdings die entsprechenden Zahlenwerke des Statistischen Bundesamts genauer ansieht, muss einräumen, dass der gestiegene Anteil befristet Beschäftigter weitgehend einer Umstellung der Statistik geschuldet ist: Heute werden nur

mehr Leute registriert als noch Mitte der 2000er Jahre (Kasten).

Ohnehin sind befristete Verträge kein allgemeines Phänomen. Neun von zehn Arbeitnehmern sind ohne Wenn und Aber beschäftigt. Und wenn befristet wird, dann betrifft es nur bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern:

1. Berufseinsteiger. Vor allem junge Leute, die noch keine Berufserfahrung haben, bekommen einen befristeten Vertrag. Hier spielt das Testen des neuen

Mitarbeiters eine große Rolle. So zählt knapp die Hälfte der befristet Beschäftigten nicht einmal 30 Jahre. Oder anders gerechnet (Grafik Seite 5):

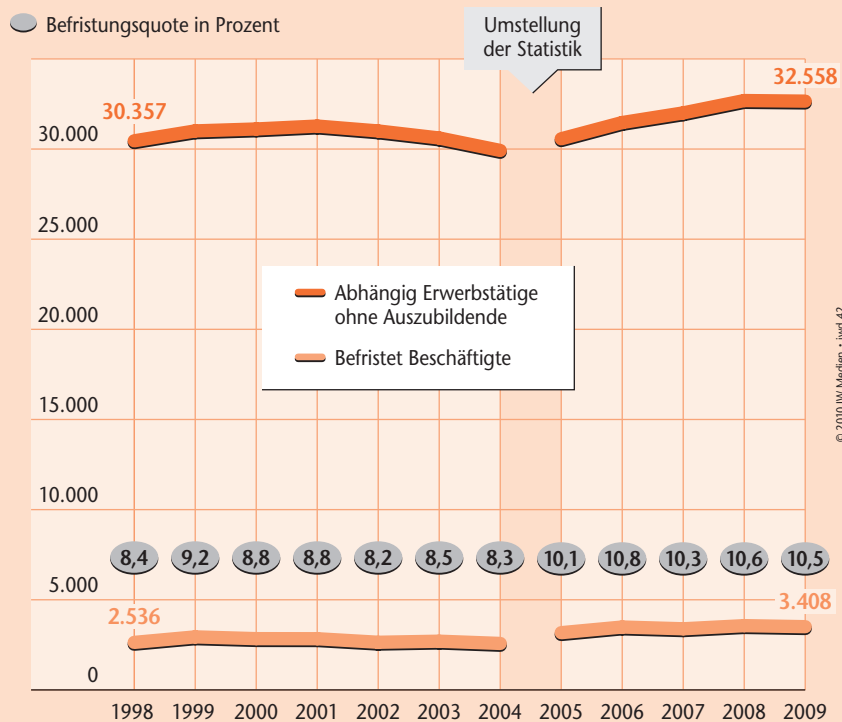
Ein Drittel der Arbeitnehmer unter 25 Jahren hat einen befristeten Vertrag. In der Altersgruppe 40 bis 45 Jahre sind es lediglich 6,5 Prozent.

2. Wissenschaftler. Verträge mit Verfallsdatum werden vor allem von Dienstleistern abgeschlossen. Die höchsten Befristungsquoten weisen private Dienstleistungen wie etwa die Pflege auf – dort haben 16,4 Prozent der Beschäftigten einen Vertrag auf Zeit; es folgen die Unternehmensdienstleister wie Steuerberater mit einer Quote von 13,1 Prozent und die Öffentliche Verwaltung mit 12,5 Prozent.

Überdurchschnittlich häufig befristet sind mit 12,2 Prozent auch Jobs in der Landwirtschaft. Doch während es sich

Befristete Beschäftigung: Kaum Bewegung

in 1.000



Befristungsquote: befristet Beschäftigte in Prozent der abhängig Beschäftigten, jeweils ohne Auszubildende, Praktikanten und Personen in Umschulung
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Befristung: Umstellung der Statistik

Die Zahl der befristet Beschäftigten sei in der Vergangenheit stetig gestiegen, heißt es. Als Beleg für diese These werden Zahlen des Mikrozensus herangezogen. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass die Erhebungen der Jahre 2005 bis 2009 nicht mit denen der Vorjahre vergleichbar sind. Denn die Erfassungsmethode wurde zeitlich umgestellt.

Bis einschließlich 2004 hat das Statistische Bundesamt Jahr für Jahr die befristeten Verträge einer einzigen Woche ausgezählt. Seit 2005 erfolgen die Befragungen jedoch über das ganze Jahr verteilt. Da die befristete Beschäftigung auch eine bedeutende saisonale Komponente hat, werden mit der neuen Erfassungsmethode jetzt zum Beispiel auch Erntehelfer und Aushilfspersonal im Weihnachtsgeschäft erfasst, die zuvor nicht berücksichtigt wurden. Somit ist allein eine separate Betrachtung der Zeiträume bis 2004 und ab 2005 zulässig.

hier vor allem um Saisonarbeit handeln dürfte, die nur zur Erntezeit anfällt, spiegelt die hohe Befristungsquote im Öffentlichen Dienst unter anderem die Einstellungspraxis der Universitäten und staatlichen Forschungseinrichtungen wider: Dort wird nahezu ausschließlich auf Zeit beschäftigt. Auch Mitarbeiter von Abgeordneten bekommen oft nur einen Vertrag für die laufende Legislaturperiode.

Dementsprechend haben Arbeitnehmer mit Universitätsabschluss fast doppelt so oft einen Arbeitsvertrag mit Verfallsdatum wie Arbeitnehmer mit einer abgeschlossenen Lehre.

Daran gibt es aus sozialpolitischer Sicht auch nichts zu bemängeln. Schließlich sind Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt nicht benachteiligt. Im Gegenteil: Sie sind mit einer Arbeitslosenquote von 4 bis 5 Prozent – und das seit Mitte der 1980er Jahre – seltener ohne Job als andere, und sie verdienen überdurchschnittlich. Zudem ist ihre Verhandlungsposition gegenüber dem Arbeitgeber in aller Regel ausgesprochen gut, denn als Spezialisten sind Hochschulabsolventen eben nicht so leicht zu ersetzen wie Unqualifizierte.

3. Berufswechsler und Arbeitslose. Wer einen befristeten Kontrakt hat, der kann davon ausgehen, dass das nicht so bleibt.

Von 100 befristet Vollzeitbeschäftigten des Jahres 2003 hatten fünf Jahre später immerhin 50 Prozent einen unbefristeten Vertrag; nur 15 Prozent mussten sich erneut mit einem befristeten Vertrag zufriedengeben.

Mit anderen Worten: Wenn die Arbeitgeber ihre befristeten Mitarbeiter auf Herz und Nieren geprüft haben, lassen sie die meisten nicht mehr ziehen.

Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) belegen zwar, dass befristet beschäftigte Vollzeitbeschäftigte nur drei Viertel dessen verdienen, was Unbefristete auf dem Lohnzettel stehen haben. Diese Feststellung sagt jedoch nichts über die Ursachen der Lohnlücke. So sind befristet Beschäftigte – das liegt in der Natur der Sache – längst nicht so lange in einer Firma oder Behörde ange-

Befristete Beschäftigung: In der Industrie eher unüblich

in 1.000

	Abhängig Erwerbstätige ohne Auszubildende	Davon befristet	In Prozent
Insgesamt	32.558	3.408	10,5
Bis 25 Jahre	2.762	966	35,0
Vollzeiterwerbstätige ab 36 Stunden	21.526	2.004	9,3
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	7.237	441	6,1
Öffentliche Verwaltung	2.761	344	12,5
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	18.852	1.560	8,3
Mit Universitätsabschluss	3.543	530	15,0

Stand: 2009
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 42

stellt wie unbefristete. Erfahrung aber wird auf dem Arbeitsmarkt honoriert.

Werden diese Unterschiede herausgerechnet, verdienen befristet Vollzeitbeschäftigte nur rund 15 Prozent weniger pro Stunde als unbefristete.

Ein weiterer Vergleich: Arbeitslose haben im Schnitt lediglich 48 Prozent

des Haushaltseinkommens eines normalen Arbeitnehmers, befristet Vollzeitbeschäftigte kommen auf 91 Prozent.

Welches Gewicht die einzelnen Gründe haben, einen Arbeitsvertrag zu befristen, hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung untersucht. Danach brauchen 40 Prozent der Chefs Personal nur für eine begrenzte Zeit – weil Auftragsspitzen abzarbeiten sind oder eine zeitlich begrenzte Vertretung gebraucht wird.

Ein Fünftel der Chefs will einen Neuen mittels Befristung erst einmal ausgiebig testen, bevor dieser einen unbefristeten Vertrag erhält.

Ein weiteres Fünftel der befragten Unternehmen bietet Bewerbern wegen der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung befristete Kontrakte an. Damit vermeiden die Unterneh-

men im Fall der Fälle die immensen Kosten, die mit der Kündigung eines Normalbeschäftigten verbunden sein können (Kasten).

Schon diese Gemengelage macht deutlich, dass eine striktere Handhabung von Befristungsmöglichkeiten Stellen kosten dürfte. Denn die Alternative zum befristeten Vertrag ist nicht unbedingt der unbefristete. Wahrscheinlicher ist, dass das Stammpersonal mehr Überstunden leistet oder Zeitpersonal angefordert und somit auf Einstellungen verzichtet wird.

Sollte auch die Zeitarbeit stärker reguliert werden – was die Befristungsgegner ebenfalls auf ihrer Agenda haben –, dürfte so manche Firma ganz auf Aufträge verzichten, die sie mit der Stammbeschäftigung nicht abarbeiten kann. Dies hätte zur Folge, dass Wertschöpfung und Einkommen wegfallen und somit auch die Beschäftigungssicherheit der übrigen, unbefristet beschäftigten Arbeitnehmer beeinträchtigt würde.

Im Übrigen kommen Forschungsinstitute zu dem Ergebnis, dass befristete Beschäftigung positive Arbeitsmarkteffekte entfaltet. Nach einer Untersuchung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zum Beispiel ist befristete Beschäftigung ein Sprungbrett in den Job, und zwar insbesondere für Arbeitslose mit geringen Chancen auf einen Job.

Einstellungshemmnis Kündigungsschutz

Der Kündigungsschutz ist in Deutschland deutlich strenger geregelt als in vielen anderen Industrieländern. Deswegen ist es für die Unternehmen vergleichsweise schwer, sich von einem Mitarbeiter zu trennen. Einer Umfrage des Institut der deutschen Wirtschaft Köln zufolge verursachen Verwaltung, Rechtsberatung und betriebliche Mitbestimmungsrechte schon im Vorfeld einer Kündigung Kosten in Höhe von 1.400 Euro pro Fall. Klagt der Mitarbeiter, kommen durchschnittlich 3.250 Euro Prozesskosten hinzu. Einigen sich die Parteien auf eine Abfindung, schlägt diese im Schnitt mit weiteren knapp 12.000 Euro zu Buche.

Die Hürde, eine Kündigung auszusprechen, ist für die Unternehmen entsprechend hoch – also umschiffen viele das Kostenproblem, indem sie sich schon bei Einstellungen zurückhalten. Nicht zuletzt deshalb finden Arbeitslose in Ländern mit weniger rigidem Kündigungsschutz schneller einen neuen Job.

Exporte und Investitionen

Der Funke springt wieder über

Im aktuellen wirtschaftlichen Aufschwung sind die Investitionen in Deutschland schneller als erwartet wieder angestiegen. Für die neue Dynamik sorgt die Erholung des Außenhandels, die bereits im vergangenen Jahr eingesetzt hat. Damit folgt die Konjunktur erneut einem vertrauten Muster.

Auf die Auslandskunden ist Verlass: Jedes Mal, wenn Deutschland den Aufstieg aus einem Konjunkturtal meistern muss, erweist sich der Außenhandel als starkes Zugpferd. So auch in diesem Jahr. Dass die deutsche Wirtschaft 2010 voraussichtlich real um 3 1/4 Prozent wächst, verdankt sie nicht zuletzt den Exporten, die in preisbereinigter Rechnung bis Jahresende um nahezu 17 Prozent zulegen werden (vgl. iwd 40/2010).

Dennoch tragen die wirtschaftlichen Aktivitäten im Inland mehr zum derzeitigen kräftigen Wachstum bei, als es Beobachter des ökonomischen Geschehens lange Zeit erwartet hatten. Noch im Frühjahr 2010 gingen viele Experten davon aus, dass die Firmen in Deutschland dem globalen Aufschwung nicht so recht trauten und zum Teil sogar einen

neuerlichen Absturz befürchteten. Also würden die Unternehmen vorerst kaum in neue oder zusätzliche Maschinen und Produktionsanlagen investieren. Als Indiz dafür galt auch, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen der Betriebe nach dem starken Einbruch im ersten Quartal 2009 über das gesamte vergangene Jahr nicht wieder deutlich zulegen.

Doch inzwischen sind die Firmenchefs offenbar davon überzeugt, dass es mit der Weltwirtschaft weiter bergauf geht. Entsprechend ist nun auch der Exportfunke voll auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen übergesprungen. Folglich wird die Konjunktur – anders als es Kritiker in letzter Zeit oft unterstellt haben – auch im laufenden Aufschwung längst nicht mehr nur vom Außenhandel angetrieben:

Sowohl im ersten als auch im zweiten Quartal 2010 stiegen die preis- und saisonbereinigten Ausrüstungsinvestitionen gegenüber dem Vorquartal jeweils um 4,4 Prozent.

Damit lagen die realen Ausgaben der Unternehmen für neue Produktionsgüter von April bis Juni 2010 bereits wieder

um 9,5 Prozent über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Demnach folgt der derzeitige Aufschwung doch wieder einem aus früheren Konjunkturzyklen bekannten Muster: Dem Anstieg der Waren- und Dienstleistungsausfuhren folgen die Ausrüstungsinvestitionen in der Regel auf dem Fuß (Grafik).

Ein solch enger Zusammenhang galt beispielsweise für die Aufschwungphasen der 1970er und 1980er Jahre. Von 1982 bis 1991 legten die realen Ausfuhren Westdeutschlands insgesamt um 67 Prozent zu; die Investitionen erhöhten sich nahezu im Gleichlauf um 70 Prozent.

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre sowie im Zeitraum 2000 bis 2003 dagegen konnten die Exporte die Investitionstätigkeit im Inland nicht in gewohnter Weise ankurbeln. Eine wesentliche Ursache: Zu dieser Zeit hatte die deutsche Wirtschaft gleich mit zwei Standorthandicaps zu kämpfen – den im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Steuersätzen sowie den hohen Lohnstückkosten. Zur Investitionszurückhaltung trug zudem bei, dass die Unternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als unsicher bewerteten. Und nicht zuletzt boten Mittel- und Osteuropa, wo sich die Länder zunehmend der Marktwirtschaft öffneten, neue Alternativen für investitionsbereite Firmen.

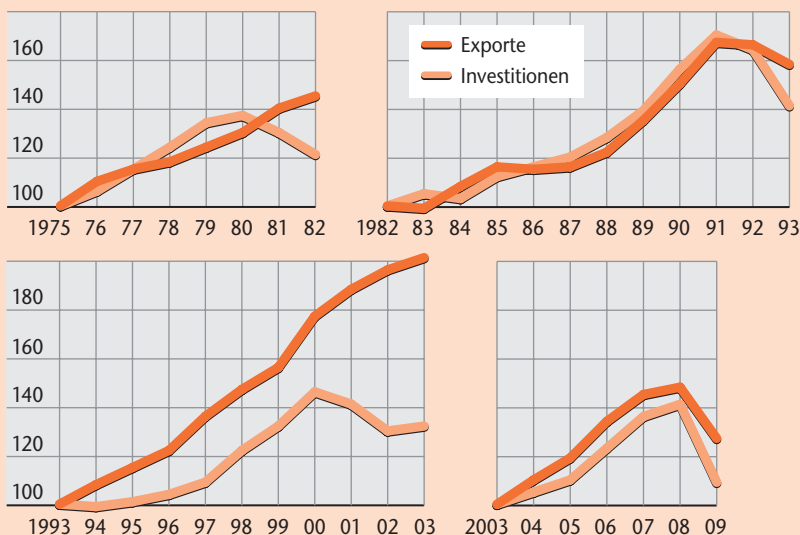
Der Aufschwung, der im Jahr 2008 zu Ende ging, war dann jedoch wieder von einer ausgesprochen parallelen Entwicklung der Exporte und Ausrüstungsinvestitionen geprägt:

Von 2003 bis 2008 expandierten die realen Waren- und Dienstleistungslieferungen an ausländische Kunden um insgesamt 48 Prozent und die realen Investitionen in Maschinen und Fertigungsanlagen um 41 Prozent.

Damit wurde das Wirtschaftswachstum ein weiteres Mal nicht allein vom Außenbeitrag, also dem Exportüberschuss, angekurbelt, sondern auch von den Investitionsaktivitäten im Inland.

Exporte und Investitionen: Oftmals Hand in Hand

Reale Exporte und reale Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland in den einzelnen Konjunkturzyklen, jeweiliger konjunktureller Tiefpunkt = 100



Bis 1990: nur Westdeutschland
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

i7 Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Recycling

Wertvoller Müll

Das Wiederverwerten von Rohstoffen wird immer bedeutender: Abfallmengen werden so vermindert, Ressourcen geschont und große Mengen Energie gespart. Außerdem ist die Produktion von sogenannten Sekundärrohstoffen ein sehr lukratives Geschäft.

Recycling, das klingt wie eine Erfindung der Moderne, ist in Wahrheit aber schon uralt: Lumpen und nicht etwa Holz waren beispielsweise bis weit ins 18. Jahrhundert das einzige Rohmaterial der Papierhersteller; und dass man mit den Steinen von alten Gebäuden neue bauen kann, wussten die Menschen schon immer. Auch heute liegt Recycling im Trend:

Jeder Deutsche produziert täglich etwa 1,2 Kilogramm Hausmüll, von denen fast 60 Prozent verwertet werden. Insgesamt ergibt das fast 22 Millionen Tonnen wiederaufbereiteten Hausmüll pro Jahr.

Zwar hat die thermische Verwertung – also die Verbrennung von Müll und die Nutzung der dabei entstehenden Energie – zuletzt an Bedeutung gewonnen; doch auch das Recycling ist in Deutschland weiter auf dem Vormarsch. Immer mehr Stoffe finden den Weg in den Wirtschaftskreislauf zurück:

- Einen großen Anteil an recycelten Stoffen nimmt Bauschutt ein. So werden etwa die Reste von abgerissenen Häusern zerkleinert und im Straßenbau eingesetzt. 70 Prozent des Materials können so wiederverwertet werden.
- Bei Papier und Glas sind die Recyclingquoten mit über 80 Prozent schon seit Jahren auf höchstem Niveau.
- Altstahl wird fast vollständig wiedergenutzt. So setzt die Stahlindustrie jährlich etwa 20 Millionen Tonnen Schrott ein. Fast 45 Prozent des deutschen Stahls werden aus Stahlschrott hergestellt.

• Und dass Gold, Silber und andere wertvolle Metalle praktisch vollständig recycelt werden, versteht sich von selbst.

Die zunehmende Bedeutung des Recyclings hat vielfältige Gründe:

Abfallminderung. Seit den 1980er Jahren geht es vor allem darum, die stetig anwachsenden Müllberge zu reduzieren, indem wertvolle Bestandteile des Abfalls wiederverwertet werden.

Klimaschutz. Recycling hilft, Energie zu sparen und damit Treibhausgasemissionen zu reduzieren. So wird für

Dank des Recyclings von Aluminium, Stahl, Kunststoffverpackungen, Siedlungsabfällen und Zink konnten im Jahr 2007 Importe im Wert von fast 5,3 Milliarden Euro eingespart werden; davon entfielen gut 2,7 Milliarden Euro auf die Einfuhr der Materialien und knapp 2,6 Milliarden Euro auf Energieimporte, die für die Herstellung der Rohstoffe nötig gewesen wären.

Ohne die Wiederaufbereitung wäre man auf Primärrohstoffe angewiesen, die teuer eingekauft werden müssten.



die Aluminiumproduktion aus hochwertigem Aluschrott 95 Prozent weniger Energie verbraucht als bei der Produktion aus dem Rohstoff Bauxit.

Technischer Fortschritt. Der Wettbewerb auf dem Recyclingmarkt hat zu einem erheblichen technischen Fortschritt geführt. Deshalb können heute mehr Stoffe sortenrein zurückgewonnen werden als noch vor 20 Jahren.

Rohstoffsicherung. Deutschland ist bei vielen Rohstoffen – vor allem bei Metallen – vollständig vom Import abhängig. Die Nutzung der Rohstoffe aus Abfällen trägt zur Versorgungssicherheit der deutschen Wirtschaft bei. Daher spricht man auch vom Urban Mining – die Stadt mit ihren Abfällen wird quasi als Bergwerk genutzt.

Wirtschaftlichkeit. Der hohe Wert der Rohstoffe macht Recycling zu einem lohnenden Geschäft (Grafik). Dazu muss der Preis der Sekundärrohstoffe höher sein als die Kosten für das Sammeln, Sortieren und Verarbeiten der Reststoffe.

Der Produktionswert, den Unternehmen mit der Aufbereitung von Rohstoffen erzielen, stieg in den Jahren 1995 bis 2007 von über 1,1 Milliarden auf knapp 6,5 Milliarden Euro.

Dies entspricht einem Plus von mehr als 470 Prozent in zwölf Jahren. Bis 2009 ist der Wert voraussichtlich um weitere 30 Prozent auf 8,4 Milliarden Euro in die Höhe geschossen. Mit jährlichen Wachstumsraten von 15 Prozent lässt die Recyclingbranche alle anderen Wirtschaftszweige also weit hinter sich.

Ausländische Abschlüsse Anerkennung beschleunigen

Migranten mit im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen müssen diese erst anerkennen lassen, bevor sie in Deutschland in ihrem Beruf arbeiten können. Doch das Verfahren ist komplex und langwierig.

Die russische Ärztin, die als Krankenschwesterin arbeitet, der Ingenieur aus Pakistan, der Taxi fährt – was Menschen mit Migrationshintergrund im Ausland gelernt haben, gilt in der neuen Heimat oft wenig oder gar nichts.

Dabei haben Zuwanderer, die über einen Abschluss aus dem Ausland verfügen, diesen häufig gerade in Bereichen erworben, in denen in Deutschland Fachkräfte gesucht werden (Tabelle):

Gut jeder zweite mittlere Bildungsabschluss sowie Weiterbildungsabschluss der Bildungsausländer fällt in die Fachrichtung „Ingenieurwesen und Technik“.

Im Ausland erworbene nichtakademische Berufsabschlüsse werden aber nach einem komplexen Bewertungssystem geprüft. Zuständig dafür sind zum Beispiel Handwerkskammern oder Regierungspräsidien. Sie entscheiden auf der Basis der Informationen, die ihnen über die Ausbildungs- und Berufsinhalte vorliegen, ob die Abschlüsse der Migranten den deutschen Qualifikationen gleichwertig sind.


Gesetzlich geregelt sind solche Verfahren bisher überwiegend für Spätaussiedler

Zuwanderer: Meist technisches Know-how

Von den 10,6 Millionen in Deutschland lebenden Migranten im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren hatten im Jahr 2007 so viele einen in ihrem Heimatland bzw. im Ausland erworbenen Berufsabschluss

	Insgesamt	Berufliche Erstausbildung	Meister-/Techniker-/Fachschulabschlüsse
Abschlüsse insgesamt, in 1.000	2.853	1.828	201
Davon entfielen so viel Prozent auf das Fachgebiet			
Ingenieurwesen und Technik	44,9	52,6	50,2
Recht und Wirtschaft	19,0	19,8	10,4
Agrar-, Forst- und Ernährungsberufe	9,5	13,1	6,5
Sprachen, Kulturwissenschaften und Sport	7,9	2,4	6,5
Humanmedizin, Veterinärmedizin	7,2	5,9	17,4
Kunst, Kunstwissenschaft	3,7	2,3	4,0
Mathematik, Naturwissenschaften	3,6	0,5	2,0
Sonstige/ohne Angaben	4,2	3,3	3,0

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

und Bildungsausländer mit reglementierten Berufen.

Eine gemeinsam vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und der IFOK GmbH, Bensheim, erstellte Machbarkeitsstudie für ein Informationsportal zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse (Kasten) ergab, dass es solche Bewertungsmöglichkeiten meist nur für reglementierte und handwerkliche Zulassungspflichtige Berufe wie etwa Kfz-Mechaniker oder Elektroniker gibt. Bei den kaufmännischen Berufen fehlen formelle Bewertungsgrundlagen bislang weitgehend. Die meisten Antragsteller stammten aus den GUS-Staaten (vorwiegend Russland), Polen, der Türkei, dem Iran, Irak und seltener aus den EU-Ländern.

Die Bundesregierung will mit dem geplanten Anerkennungsgesetz Zuwanderern den Zugang zu Bewertungsverfahren erleichtern – daran teilnehmen können dann auch Menschen aus Drittstaaten sowie EU-Bürger, die Abschlüsse in nicht-reglementierten Berufen erworben haben. Wird das Gesetz tatsächlich verabschiedet, könnten rund 300.000 weitere Migranten einen Antrag auf Anerkennung stellen.

Informationsportal

Um Abschlüsse von Migranten bewerten zu können, benötigen die zuständigen Behörden verlässliche Informationen. Vor diesem Hintergrund beauftragte das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2009 das IW Köln und die IFOK GmbH, eine Machbarkeitsstudie für ein berufs- und länderübergreifendes Informationsportal zur Erschließung der Beschäftigungspotenziale von Migranten zu erstellen. Das Portal soll mehr Transparenz in die Bewertungspraxis bringen und diese vereinheitlichen. Adressaten sind vor allem Bewertungsstellen, Arbeitgeber sowie Zugewanderte und Beratungsorganisationen. Der inhaltliche Schwerpunkt wird auf den beruflichen Abschlüssen außerhalb des akademischen Bereichs liegen. Dazu werden berufs- und länderbezogene Daten sowie methodische Informationen zu Bewertungsverfahren bereitgestellt.

Arbeitgeber werden in diesem Portal recherchieren können, um die Qualifikationen ausländischer Bewerber besser einordnen zu können. Migranten und Beratungsorganisationen wiederum soll es die Option bieten, sich über Möglichkeiten und Wege der Abschlussbewertung und über zuständige Stellen zu informieren. Die Funktionen werden bereits während der Pilotphase des Portals nutzbar sein.

Für Adressaufkleber